

Zagfreis mit 23,1  
 gruppieren sich die  
 der Zahl der Viehbe-  
 der Haushaltungen  
 Haushaltungen  
 und im Donaukreis  
 schend industriellen  
 tungen Vieh halten.  
 is herrscht der  
 während Donau- und  
 und großbäuerlichen

einemarkt.) Dem  
 die alle zum Paar-  
 wurden.

rdemarkt wurden  
 stklassige Tiere, zuge-  
 2 1/2 Millionen Mark.  
 fabelhaft hohen Prei-

ch nicht an den Wärsen- und  
 (ca. wöchentlichen Verkäufen)

ellmann, Calw.  
 chbrucker, Calw.

eker  
 ohl

Hof Dicks

nt.

Die Gemeinde verkauft  
 angefallene

angholz

war:

I. Klasse,  
 II. Klasse,  
 III. Klasse,  
 V. Klasse,  
 VI. Klasse,  
 Holz II. Klasse.

Preise sind  
 Schultheißenamt

werden können.

Gemeinderat.

LES

Bley's  
 Schokolade

NZÜGE  
 KNABEN  
 UND MÄDCHEN

r, Calw.

Erfolg !!

## Verschärfung der Lage im Ruhrgebiet.

### Ausweisung sämtlicher deutschen Beamten, die den französischen Befehlen nicht gehorchen.

#### Zur Lage.

Dem französischen Standpunkt aus ist es durchaus begreiflich, daß Herr Poincaré, nachdem er sich einmal in die Ruhraktion von den Nationalisten und der Schwerindustrie hat hineinziehen lassen, versucht, die Sache ihrem planmäßigen Ende entgegenzuführen. Was den Entschluß zu diesem Gewaltschritt anbelangt, so fragt es sich erstens, waren die Franzosen über die feste Widerstandsschicht der deutschen Regierung nicht recht unterrichtet, zweitens hatten sie Klarheit über die Haltung der Alliierten und drittens waren sie sich über die etwaigen unmittelbaren Folgen eines vorerst passiven Widerstandes und die daraus vielleicht entstehenden Weiterungen nicht im Klaren? Im Hinblick auf die seit mehr als einem Jahr systematisch betriebene offene und geheime Propaganda hinsichtlich der Besetzung des Ruhrgebiets darf man wohl annehmen, daß die heute in Frankreich herrschenden, nationalistisch-schwerindustriellen Kreise die Gelegenheit zu einem solchen Schritt schon lange ersehnt und sie deshalb auch anlässlich der geringfügigen Verzögerungen in den deutschen Sachleistungen ergriffen haben. Daß die Franzosen sich vor Beginn dieser Aktion nicht mit den Alliierten vorher verständigt haben sollten, vermögen wir einfach nicht zu glauben, denn eine Bekanntgabe derartiger Schritte von so weittragender Bedeutung ist unter befreundeten Mächten schon eine Selbstverständlichkeit, unter Verbündeten aber, die politisch, wirtschaftlich und finanziell so enge Beziehungen unterhalten, direkt eine Notwendigkeit im Interesse der Erhaltung der Allianz, an der doch Frankreich zum mindesten daselbe Interesse wie England, Italien und Amerika haben, denn das wollen wir doch klarstellen, ohne die Rückendekung der Großen Entente würden die Mitglieder der Kleinen Entente für Frankreichs Zwecke gegebenenfalls sehr unsichere Kantonsisten sein. Daß England die französischen Unternehmungen übrigens nicht fördern würde, das hatte uns die englische Presse nach dem Sturz Lloyd George's ja ganz deutlich gesagt, indem sie offen davon sprach, daß man für die Mitwirkung Frankreichs zu Gunsten der englischen Orientpolitik, die durch den Vormarsch der Türkei und die Vertreibung der Griechen aus Kleinasien einen Knackspunkt gekriegt hatte, Zugeständnisse an Frankreich hinsichtlich der Reparationsfrage gemacht habe. Nun, und diese Zugeständnisse sind in der Form einer völligen Passivität der englischen Regierung gegenüber den fortgesetzten Verletzungen des Versailler Vertrags durch die Franzosen erfolgt, den ja auch England zu garantieren sich verpflichtet hat. Was Italien anbelangt, so scheint es sein Augenmerk in erster Linie auf die östliche Adriaküste und auf Erwerbungen in Afrika gerichtet zu haben, und deshalb den Franzosen ebenfalls hinsichtlich der Behandlung Deutschlands freie Hand gelassen zu haben. Wir müssen uns endlich von dem immer wieder zur Geltung gelangenden Einfluß der englischen, italienischen und amerikanischen Presse losmachen, die das Wort Talleyrands so ausgezeichnet in der Praxis anwendet, daß die Sprache dazu da ist, um die Gedanken zu verbergen. Wenn sich die alliierte und namentlich die amerikanische Presse, — die in bezug auf Außenpolitik von einer Disziplin und großartig geleiteten Planmäßigkeit ist, von der wir noch sehr, sehr viel lernen müssen, — in Entrüstungsgeschrei über die Brutalität der Franzosen ergeht, so ist noch lange nicht gesagt, daß das auch so gemeint ist, und vor allem ist damit nicht gesagt, daß man auf die Franzosen etwa einen Druck ausüben möchte, um sie dazu zu bewegen, von ihrem Unternehmen Abstand zu nehmen.

Wir können uns auch heute noch nicht des Eindrucks erwehren, als handle es sich um eine abgekartete Sache, zum Zweck der Stilllegung der deutschen Industrie und des deutschen Verkehrs, weil man Komplikationen im Osten befürchtet. Mit einer eigenartigen Präzision ist der Einfall der Litauer ins Memelgebiet erfolgt, und daraufhin die Abwendung von Ententekriegsschiffen genau nach der Methode von Oberschlesien, als man einen russisch-polnischen Krieg befürchtete. Heute ist die Situation noch gefährlicher. Heute steht die Entente in Lausanne vor einem offenen russisch-türkischen Bündnis, das für die Entente gefährliche Weiterungen im näheren und ferneren Osten befürchten läßt. Die Fühlungnahme der Tschechen, Rumänen und Polen untereinander und mit Paris läßt das gegenseitige Bündnisverhältnis ebenso wie die Befürchtungen und entsprechenden militärischen „Vorwärts“-Maßnahmen in Erscheinung treten. Es ist klar, ein neuer europäischer Weltbrand würde wieder auf dem Balkan seinen Anfang nehmen,

denn dort würden die verbündeten Russen und Türken die von der Großen Entente dirigierte Heere der Kleinen Entente zuerst auf sich zu nehmen haben. Daher auch die Nervosität der Kleinen Entente über die in Wechselwirkung zueinander stehenden Vorgänge in Lausanne und im Ruhrgebiet. Bekanntlich will man jetzt in Lausanne einen Druck auf die Türken ausüben, indem man den von den Hauptmächten der Alliierten ausgearbeiteten Entwurf für einen Friedensvertrag den Türken zur endgültigen Annahme oder Ablehnung unterbreitet, und dann mit der Abreise droht. Zwar wird von alliierter Seite behauptet, eine solche Abreise bedeute noch lange keinen Abbruch der Friedensverhandlungen, die könnten ja zu einer geeigneteren Zeit wieder aufgenommen werden, aber daß eine derartige Verschleppung der Regelung der Ostfragen unter Umständen ernste Konflikte heraufbeschwören könnte, darüber dürften sich die Alliierten auch klar sein. Schon behaupten die Türken, die Griechen hätten die lange Verhandlungszeit dazu benützt, ihr Heer wieder in Lausanne zu bringen und sie hätten die Absicht, sich Thrazien wieder zu bemächtigen. Daß man unter Umständen die Griechen wieder für solche Zwecke benützen würde, daran haben wir keinen Zweifel. Auch die Russen setzen ihre Proteste über die absichtliche Ausschaltung bei Behandlung der Fragen fort, die sie als Grenznachbarn, die namentlich auch an der Sicherung der Verkehrswege das größte Interesse haben, mindestens so sehr interessieren, wie die Ententemächte, die sich einfach als Schiedsrichter über die Angelegenheiten selbst aufstellen wollen, wie sie bisher alle europäischen Fragen nach ihrem Gutdünken entschieden haben.

Der Wirrwarr, in den die unerfüllte Hab- und Machtgier der Alliierten Europa, den Orient und Asien nochmals hineingeworfen hat, nimmt immer drohendere Formen an, und wir wissen keinen Tag, ob nicht irgend ein wenn auch anscheinend noch so belangloses Ereignis das Feuer liefert, das den angehäuften Zündstoff zur Entladung bringen kann. Am aller-schwersten wäre Deutschland dann in diesem Falle bedroht, und es ist deshalb unverantwortlich, wenn trotz der ersten Gefahr heute noch Parteiintressen und -ziele in den Vordergrund zu rücken gesucht werden. Mehr wie je gilt es heute für uns eiserne Disziplin zu halten, denn von der Festigkeit unseres Zusammenhaltens hängt die Existenz unseres Vaterlandes ab. O. S.

#### Zunahme der französischen Gewalttaten.

Berlin, 30. Dez. Wie die Blätter aus Essen melden, spitzt sich die Lage im Ruhrgebiet immer mehr zu. Infolge der zahlreichen Ausweisungen, die bereits erfolgt sind, und des rücksichtslosen Eingreifens der Besatzung in den Eisenbahn- und Postbetrieb herrscht unter der Bevölkerung eine erbitterte Stimmung. Gestern wurde das Düsseldorfer Telegraphenamt von französischen Soldaten mit aufgepflanztem Bajonett besetzt. Die weiblichen Beamtinnen wurden von den Offizieren mit Reitpeitschen aus dem Saal getrieben. Der „Berliner Lokalanzeiger“ meldet aus Koblenz, daß auf dem dortigen Bahnhof 13 Lokomotiven von den Franzosen weggeführt werden sollten. Die deutschen Eisenbahner setzten jedoch die Maschinen nach dem unbesetzten Gebiet zu in Fahrt und durchfuhren den Bahnhof Diez, wo die Franzosen vergeblich versuchten, die Lokomotiven aufzuhalten, mit Schnellzugsgeschwindigkeit. Die Maschinen konnten das unbesetzte Gebiet erreichen. Die Franzosen haben daraufhin die Eisenbahnlinie in der Gegend von Diez auf eine Strecke von 300 Meter aufgerissen, so daß der Zugverkehr vollkommen stillliegt. Nach einer Meldung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ haben sämtliche 25 durch die Beschlagnahme von Fahrzeugen betroffenen Rhein-Needereien in einem Schreiben an den Chef der französischen Ingenieurkommission im Ruhrgebiet erklärt, daß sie die Beförderung und den Umschlag von Brennstoffen nach Frankreich und Belgien ablehnen und sich nicht zu Handlungen zwingen lassen, die gegen die Interessen ihres Vaterlandes, sowie gegen Ehre und Gewissen verstoßen.

Berlin, 30. Jan. Der deutsche Geschäftsträger in Paris wurde beauftragt, der französischen Regierung folgende Note zu überreichen: Polizeiwachmeister Symalla in Metzenen wurde am 28. Januar, als er auf seinem Posten stand, von einem französischen Offizier verhaftet. Nach einer mündlichen Auskunft des französischen Befehlshabers wurde der Beamte zu 15 Tagen Gefängnis verurteilt, weil er sich weigerte, einen französischen Offizier zu grüßen. Jede weitere Auskunft wurde dem Polizeipräsidenten verweigert.

## Neueste Nachrichten.

Der passive deutsche Widerstand treibt die Franzosen in ihrer ohnmächtigen Wut zu immer neuen Gewalttaten. Es sind in den letzten Tagen fortgesetzt neue Verhaftungen und Ausweisungen deutscher Beamten erfolgt, auf die ebenso prompt mit Einstellung der Arbeit der betroffenen Beamtungen und Arbeitsbetriebe geantwortet wurde. Die Franzosen haben deshalb erklärt, daß sie sämtliche Beamte, die sich weigern, ihren Befehlen nachzukommen, auszuweisen werden. In einer hat-antischen Auslassung der Havasagentur werden die ungescheuerten Gewalttaten damit begründet, daß die Deutschen im französischen besetzten Gebiet noch viel rücksichtsloser gegen Widerstand leistende Personen vorgegangen seien. Man will also hier versuchen, Vergeltung mit der Kriegszeit anzustellen, wo ein strenges Vorgehen angesichts der Sabotage- und Spionageneigung der französischen Bevölkerung notwendig war. Heute aber sind wir im Frieden, wie doch Herr Poincaré selbst erklärt hat!

Da die Franzosen trotz oder besser gesagt wegen der Besetzung des Ruhrgebiets keine Kohlen erhalten, und deshalb ein Hoch-osen nach dem andern in Kohrungen ausgeblieben werden muß, weil der Ruhrkohl fehlt, so wettern sie jetzt gegen die englische Regierung, die es zulasse, daß englische Kohle nach Deutschland geschickt werde, wodurch die deutsche Industrie zu weiterem Widerstand ermutigt werde. Ob die Engländer auf den französischen Einspruch hin die Kohlenlieferungen verbieten, bleibt abzuwarten.

Angesichts der Zuspitzung der Lage im Ruhrgebiet scheinen die Alliierten zu Zugeständnissen an die Türkei bereit zu sein, wie sie das ja immer machen, wenn sie mit zwei Gegnern gleichzeitig zu verhandeln haben. Inwiefern sie mit ihrer Taktik Erfolg haben werden, bleibt abzuwarten, jedenfalls versuchen sie, die Konferenz vorerst einmal zu vertagen, bis zu einem Zeitpunkt, der ihnen besser paßt.

gert. Auch wurde es ihm trotz seiner Vorstellungen nicht gestattet, einen Vertreter zu Symalla zu schicken, um sich nach seinem Ergehen zu erkundigen. Das Vorgehen der französischen Militärbehörde gegen den deutschen Beamten, dem sie keine Weisung zu erteilen befugt ist, ist ein Akt der Willkür. Die deutsche Regierung erhebt dagegen Protest. Sie wiederholt das von dem Polizeipräsidenten in Essen gestellte Verlangen, daß Symalla unverzüglich freigelassen wird, und behält sich vor, volle Genugtuung zu fordern.

Bodum, 30. Jan. Gestern wurde auch die Filiale der Reichsbank besetzt und Reichsbankdirektor Blumhof verhaftet. Die Reichsbankbeamten haben daraufhin die Arbeit niedergelegt. Die Privatbanken in Bodum haben aus Protest ebenfalls geschlossen. Ferner ist der Leiter des Hauptpostamts Bodum, Faust, verhaftet worden. Die Gefangenen sind alle im Pastorat in Weimar untergebracht. Der Fernsprechtbetrieb, der seit Mittwoch voriger Woche geruht hatte, ist gestern mittag wieder aufgenommen worden. Die französischen Truppen, die das Telegraphenamt besetzt hielten, sind abgerückt und haben den Telegrapheninspektor Birke mit sich fortgeführt.

Bodum, 29. Jan. Heute morgen ist in seiner Wohnung der Kommandeur der Schutzpolizei, Oberst Bethge, aus dem Bett heraus verhaftet worden. Zu gleicher Zeit ist ein großes militärisches Aufgebot erschienen, besetzte das Finanzamt Bodum und begab sich dann in die nahe gelegene Wohnung des Leiters, des Oberfinanzrats Schmidt, der ebenfalls aus dem Bett heraus verhaftet worden ist. Schmidt hatte erst vor kurzem eine schwere Operation überstanden, unter deren Nachwehen er noch leidet. Sein Stellvertreter, Regierungsrat Grünwald, hat sich zum Divisionskommandeur nach Weimar begeben, um selbst gegen die Verhaftung zu protestieren. Die Beamtenabordnung ist nicht vorgelassen worden, dagegen wurde Grünwald gleichfalls verhaftet.

Dorimund, 29. Jan. Der heute morgen verhaftete Präsident der Oberpostdirektion, Oberpostrat Ernst, und der gleichfalls verhaftete Postrat Hiffel sind aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen und von den Franzosen in Dfen (Münsterland) abgesetzt worden. Die Verhaftung des Oberpostdirektors Kieselbach bestätigt sich nicht.

Essen, 29. Jan. Für heute Mittag 2 Uhr hatte der französische Kommandeur für Telegraphenwesen die Gewer-

Schaftsvertreter der Beamtenschaft des Post- und Telegraphenamts zu sich geladen, um sie zur Unterzeichnung einer Erklärung zu bewegen, daß sie sich den französischen Anordnungen fügen würden. Dieses Ansinnen ist von den Beamtenevertretern abgelehnt worden. Direktor Jünger, der dagegen Einspruch erhob, hat die Erklärung erhalten, daß er sich zur Verfügung der französischen Behörde zu halten habe. Sechs Vertreter der Beamtenschaft sind sofort verhaftet und in einem bereitstehenden Auto mit unbekanntem Ziel fortgebracht worden. Die Vertreterin der Beamtinnen ist von den Franzosen sofort freigelassen worden. Infolge des Vorgehens der Franzosen hat das Personal des Post- und Telegraphenamts beschloffen, die Arbeit um 3 Uhr niederzulegen.

Berlin, 29. Jan. Der „Berliner Lokalanzeiger“ meldet aus Essen, daß die Franzosen den größten Teil der dortigen Krankenhäuser beschlagnahmt haben. Allein von der Zahl der Betten des städt. Krankenhauses haben die Franzosen 270 beschlagnahmt. Auch der Diphtheritis-Pavillon, die Hautklinik, die Pavillons für Scharlach, Masern und Typhus mußten von den Kranken auf Anordnung der Franzosen geräumt werden. Die Ärzte haben darauf erklärt, daß infolge dieses Vorgehens schwere Epidemien ausbrechen können und daß sie die Verantwortung für alle Folgen den Franzosen überlassen müssen.

Düsseldorf, 29. Jan. Der Präsident der zweiten Abteilung des Landesfinanzamtes Düsseldorf, Dr. Singer, wurde heute vormittag von der Besatzungsbehörde in seiner Wohnung verhaftet und, unbekannt wohin, abgeführt.

Nachen, 29. Jan. Zur Stilllegung des Eisenbahnverkehrs erfahren wir, daß auf dem Bahnhof Maschinengewehre aufgestellt wurden. Da alle Verhandlungen zwischen dem Personal und dem Bahnhofskommandanten ergebnislos waren, hat das Personal die Dienststellen verlassen.

**Ausweisung sämtlicher Beamten aus dem Ruhrgebiet, die den französischen Befehlen nicht gehorchen.**

Essen, 30. Jan. Die französische Militärbehörde hat bestimmt, daß im Ruhrgebiet alle Beamten auszuweisen sind, die es ablehnen, den französischen Befehlen zu gehorchen. Der zum Aufsichtsbeamten für den gesamten Postbetrieb im Ruhrgebiet ernannte französische Beamte ließ wegen der deutschen Ablehnung, den Franzosen Telefonverbindungen herzustellen, den gesamten Betrieb gestern eine Stunde unterbrechen. Bei jeder weiteren Dienstverweigerung soll die Strafe erhöht werden.

**Schamlose Begründung der unerhörten Gewaltpolitik im Ruhrgebiet.**

Paris, 29. Jan. Der Berichterstatter der Agentur Havas in Düsseldorf meldet, angeführt des offenen oder passiven Widerstands der deutschen Beamten hätten die alliierten Behörden beschloffen, im gesamten Besatzungsgebiet alle oberen Beamten, die bei ihrer ablehnenden Haltung blieben, zu verhaften und auszuweisen. Die Durchführung der neuen Maßnahme habe heute begonnen. Das sei der Beginn jener Phase energischeren Vorgehens, in die man heute eingetreten sei. Die französischen Behörden hätten bis jetzt eine Milde bewiesen, die die Deutschen selbst, die von jener Zeit her, als sie Frankreich und Belgien besetzt hielten, eine ganz andere Methode gewohnt seien, in Bewunderung versetzt habe. Die Alliierten hätten ihren Friedenswillen und den Willen zu einer freundschaftlichen Verständigung hinreichend dargelegt. Ihre Langmut habe nicht dazu führen dürfen, daß sie als Schwäche ausgelegt werde. Man habe also die Beamten, die die alliierte Oberhoheit nicht anerkennen und sich mit der Berliner Regierung solidarifizieren, aufgefordert, ihren Eifer im unbesetzten Deutschland zu entfalten. Man werde zuerst mit jenen beginnen, die die wichtigsten und die bestbezahlten Posten inne hätten und die sämtlich tätige Agenten für die nationalistiche Propaganda seien, der die deutsche Großindustrie ergeben sei. Die Maßnahme würde auf die anderen Beamten nur dann ausgedehnt werden, wenn es notwendig wäre. — Der Havas-Berichterstatter sucht auch festzustellen, daß die Entscheidungen der alliierten Autoritäten rechtmäßig seien, denn die Saager-Konvention erkenne ausdrücklich, daß man der Macht gehorchen müsse, die sich augenblicklich im Ruhrgebiet etabliert habe. Während der Okkupation hätten die Deutschen nur 24 Stunden passiven Widerstand gebildet und dann sei als Sanktion nicht Ausweisung, sondern Einsperrung, Deportierung und selbst Züchtigung erfolgt.

**Anmerkung des W.B.:** Es ist außerordentlich bezeichnend, daß hier versucht wird, einen Vergleich zwischen Friedens- und Kriegszustand anzustellen, um er vollkommener Verleumdung des Umstandes, daß der deutschen Regierung am 10. Januar von der französischen Regierung eine friedliche Befehlsbefugnis erteilt wurde, deren Berechtigung durch keinen Vertrag nachgewiesen werden kann, wie ja auch inzwischen die höchsten juristischen Autoritäten in England festgestellt haben.

**Der Standpunkt Deutschlands zur Ruhrbesetzung.**

Eine Erklärung des deutschen Außenministers, Basel, 29. Jan. Der Berliner Korrespondent der „Wester Nachrichten“ hatte eine Unterredung mit dem Außenminister Dr. von Rosenfeld über den Standpunkt Deutschlands zur Ruhrbesetzung. Der Minister wies dabei zunächst darauf hin, daß der Versailler Vertrag in keinem Falle einer einzelnen Macht eine derartige völlige Freiheit zu jenem Gewaltakt zugestehen und erklärte dann: Wir haben den Alliierten im Jahre 1922 trotz des Währungssturmes, der über uns hinwegbraute und das Dollarsbarometer von etwa 250 auf 9000 hinauftrieb, trotz des Zustandes der Staatswirtschaft und Staatsfinanzen nach Krieg und Revolution für rund einhalb Milliarden Werte auf Grund des Friedensvertrags ohne Gegenleistung zugeführt und sind Frankreich gegenüber nur zu einem halben v. H. obiger Summe in Holz- und Kohlenlieferungen im Rückstand geblieben. Wegen dieser einhalb Prozent sollte nach französischer Auffassung der Versailler Vertrag der überflüssigen französischen Armees, die lei-

nen Gegner in der Welt findet, Frankreich zu ständigem bewaffnetem Vorgehen das Recht einräumen. Das wäre widersinnig. Die deutsche Politik kann der Gewalt nicht Gewalt entgegensetzen, aber sie wird den Versuchen, schwarz in weiß zu verwandeln, und den eskalierenden Rechtsbruch in eine legitime Maßnahme umzuwandeln, weiter mit ruhiger Ueberlegung begegnen. Um die Zweckmäßigkeit der Ruhraktion zu illustrieren, machte der Minister folgende Angaben: In der Zeit bis zum 11. Januar, dem Tage des Einmarsches, erhielt Frankreich von uns täglich für rund 430 000 Goldmark Kohle und für rund 30 000 Goldmark Holz. Nach dem Einmarsch hat Frankreich zwar anfänglich unter schwersten Eingriffen in das Privateigentum täglich für rund 8000 Goldmark Kohle erhalten, zurzeit geht aber gar keine Kohle mehr nach Frankreich und ebenso wenig Holz. Dafür entstehen Frankreich, wenn man die Besatzungshäute — wahrscheinlich zu niedrig — auf 50 000 Mann einschätzt, an Mehrkosten für die Verwendung seiner Truppen im Ruhrgebiet und eine Viertel-Million Goldmark täglich. Dazu kommen noch die Ausgaben, die die Ruhraktion der französischen Volkswirtschaft verursacht und die Schädigungen, die der französischen Industrie durch die Unterbrechung des Kohlenflusses zugefügt werden. Unter dem Druck der Bataillonette wird aber der deutsche Arbeiter keine Kohlen fördern. Wenn man glaubt, uns durch einen inneren Krieg von Verurteilungen und Ausweisungen und von Besatzungsmaßnahmen müde zu machen, so täuscht man sich. Das Bewußtsein unseres Rechts und das Bewußtsein, daß sich das Recht auf die Dauer durch Gewalt nicht beugen läßt, bestimmt unsere Politik. Täglich und stündlich gehen uns Kundgebungen nicht nur aus dem Reich, sondern auch aus den übrigen Landesteilen zu, die beweisen, daß mit dem deutschen Volke auch wertvolle Teile des Auslandes unsere Politik des moralischen Widerstands billigen. Bei der Abwehr des Ruhrabenteurers handelt es sich für uns weber um eine Prestigefrage, noch um eine Spekulation auf Meinungsverschiedenheiten in der Entente, wir wollen nur das Rechte verteidigen, was uns nach dem Genfer Diktat über Oberbischöfen an wirtschaftlicher Kraft und wirtschaftlichen Zukunftsmöglichkeiten gebühren ist.

**Standhaftes Verhalten der Ruhrgebietsarbeiter.**

Berlin, 30. Jan. Nach einer Meldung des „Vorwärts“ aus Hamm waren dort gestern die Betriebsräte der Bergarbeiter aus dem ganzen Ruhrbezirk versammelt, um zu der gegenwärtigen Lage Stellung zu nehmen. Der Generalstreik wurde einstimmig abgelehnt. Die bisher von der Bergarbeiterchaft eingenommene Abwehrstellung soll in gleichem Maße beibehalten werden. Eine Entschlebung sprach sich gegen jeden Nationalismus aus und lehnte die Einführung der Frankenhöhlung ab und gelobte, treu zur deutschen Republik zu halten.

Dortmund, 29. Jan. Gegenüber den sich mehrenden Verhaftungen leitender Reichs- und Staatsbeamten hat heute eine Konferenz von Vertretern der Arbeiter- und Angestelltenvereinigungen aller Richtungen folgende Entschlebung gefaßt: Die von den Besatzungstruppen vorgenommenen Verhaftungen leitender Reichs- und Staatsbeamten können die Gewerkschaften in ihrem bisherigen Verhalten nicht irre machen. Diese Maßnahmen sind vielmehr geeignet, den Widerstand bis zum äußersten zu steigern. Die Gewerkschaften werden jedenfalls wie bisher ihr Möglichstes tun, daß die Franzosen an der Ruhr ihr Ziel nicht erreichen.

**Ueberfichten in den übrigen Bergwerksbezirken Deutschlands.**

Berlin, 30. Jan. In sämtlichen Braun- und Steinkohlenrevieren Deutschlands außer dem Ruhrrevier fanden gestern Revierkonferenzen statt, in denen überall die Geneigtheit zutage trat, Ueberfichten zu leisten, um einen etwa eintretenden Ausfall an Ruhrsteinkohle auszugleichen.

**Streikbeschluss der Saargebietsarbeiter.**

Saarbrücken, 30. Jan. Der Sechzehner-Ausschuss und der Hauptvorstand des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter haben gestern einstimmig beschloffen, daß zur Erlangung der Lohnforderungen die Arbeit niedergelegt werden solle. Auch der alte Verband der Bergarbeiter hat in seiner gestern abgehaltenen Hauptkonferenz den Streik einstimmig beschloffen. Er soll am 5. Februar beginnen. Es wurde ausdrücklich betont, daß es sich nicht um eine politische, sondern um eine rein wirtschaftliche Aktion handele. — Voraussichtlich wird außer den Bergarbeitern auch eine Reihe anderer Berufsarten die Arbeit niederlegen, vielleicht auch die Bergarbeiter in Lothringen, mit denen noch Verhandlungen schweben.

**Frankreich gegen die englische Kohlenzufuhr nach Deutschland.**

London, 29. Jan. „Sunday Express“ berichtet, die französische Regierung hat beschloffen, Großbritannien gegenüber nachdrücklich die Notwendigkeit hervorzuheben, ein Verbot auf Ausfuhr britischer Kohlen nach den unbesetzten deutschen Gebieten zu legen. Dem Blatt zufolge sehen die Franzosen in der Verhinderung englischer Kohlen nach Deutschland einen entscheidenden verhängnisvollen Zug in ihrem Spiel, das die Zermürbung der deutschen Industrie durch Vorenthaltung der Ruhrkohlen bezweckt. Wenn die britische Kohle an den Platz der Ruhrkohle trete, so könne der französische Plan scheitern. Wie das Blatt weiter schreibt, werde die britische Regierung einem solchen Ersuchen nicht stattgeben. Die französische Politik an der Ruhr entwickle sich keineswegs planmäßig. Großbritannien, dessen praktischer Reparationsplan verworfen worden sei, werde wahrscheinlich auf Jahre hinaus keine Reparationen erhalten. Jetzt, wo die Unfähigkeit der französischen Politik immer deutlicher zutage trete, werde an England das Ersuchen gerichtet, zu Hilfe zu kommen, indem es den englischen Kaufleuten und Industriellen untersage, vorteilhafte Geschäfte zu treiben und dem englischen Volk einen

Erwerb zu verschaffen, und dies zu einem Zeitpunkt, wo einhalb Millionen englischer Arbeiter auf der Straße lägen.

**Die bequeme Haltung Englands.**

London, 29. Jan. Der Arbeiterführer Thomas erklärte in einer Rede, die europäische Lage gleiche in vielen Beziehungen der vom August 1914. Die Gefahr sei ebenso unmittelbar. Angesichts der gegenwärtigen gefährlichen Lage sei die britische Regierung vollkommen im Recht, wenn sie es ablehne, sich an der französischen Politik zu beteiligen. — Wenn der Arbeiterführer Thomas einen rechtlichen und moralischen Standpunkt einnehmen würde, dann würde er seine Regierung auf die Verpflichtung hinweisen, gegen die Verletzungen des Versailler Vertrags durch Frankreich Einspruch zu erheben.

**Zur Haltung Amerikas.**

Amsterdam, 30. Jan. „Allgemein Handelsblad“ meldet aus Newyork: Die lebhafteste Agitation für und gegen ein amerikanisches Eingreifen in der Ruhrfrage dauert an. Verschiedene hervorragende Geschäftsleute wie der Bankier Vanderlip und der Stahlindustrielle Harry erklärten, Amerika solle seinen moralischen Einfluß zu einer Vermittlung in die Waagschale werfen. Der frühere republikanische Präsidentschaftskandidat Lowden wies darauf hin, daß die amerikanischen Seide-, Baumwoll-, Kupfer- und Stahlmärkte in Europa verloren gehen könnten, und trat für die Einberufung einer internationalen Konferenz ein. — Diese Streitereien sind völlig wertlos, denn die Regierung weiß ganz genau, was sie will! . . .

Paris, 29. Jan. Die „Chicago Tribune“ meldet aus Washington: In einer von ihm unterzeichneten Erklärung in den Blättern versichert Senator Borah, das Problem der auswärtigen Angelegenheiten sei kein europäisches allein. Es berühre die vitalsten amerikanischen Geschäftsinteressen. Die Geschäftsleute, die Farmer und die Arbeiter würden alle in gleicher Weise in ihren Existenzfragen dadurch betroffen. Das Schicksal Mitteleuropas sei jetzt in der Schwebe und es sei Amerikas Pflicht, in die Ruhrfrage einzugreifen. Deutschlands Zusammenbruch würde einen großen Verlust für alle Volksteile in Amerika bedeuten. — Senator Borah beabsichtigt, die vorstehende Erklärung als Grundlage für seine nächste Rede im Senat zu verwenden, in der er die amerikanische Intervention verlangen wird. — Warum hat er sie nicht schon früher verlangt?!

**Desorganisation des holländisch-deutschen Eisenbahnverkehrs.**

Amsterdam, 30. Jan. „Allgemein Handelsblad“ meldet: Da der Eisenbahnverkehr von Holland nach dem Rheinland völlig in Unordnung geraten ist, hat die Königliche Luftfahrtgesellschaft einen Flugdienst nach Köln organisiert, der ausgenommen werden soll, sobald die Besatzungsbehörden ihre Zustimmung erteilt. Es sollen Passagiere, Post und Güter befördert werden.

**Eine Spende niederländischer Arbeiter.**

Amsterdam, 30. Jan. „Allgemein Handelsblad“ meldet, hat der Ausschuss des Bundes Niederländischer Arbeiter und Arbeiterinnen der Schokoladen- und Zuckerwarenfabriken dem Niederländischen Allgemeinen Gewerkschaftsbund die Summe von 3500 Gulden für die Arbeiter des Ruhrgebiets zur Verfügung gestellt.

**Gegen französische Theaterstücke.**

Berlin, 28. Jan. Im „Intimen Theater“ kam es anlässlich der Aufführung eines französischen Stücks zu Protestkundgebungen des Publikums, das die Absetzung des Stückes verlangte. Die Direktion wurde gezwungen, dieser Forderung Rechnung zu tragen.

**Zur auswärtigen Lage. Der Friedensvertragsentwurf der Entente für Lausanne.**

Paris, 29. Jan. Der Sonderberichterstatter der Agentur Havas in Lausanne meldet: Der Entwurf des Friedensvertrags ist gestern halbamtlich an die Abordnungen verteilt und heute der türkischen Abordnung übergeben worden. Der Vertrag enthält 160 Artikel und nicht, wie kürzlich irrtümlich gemeldet worden ist, 50, außerdem 8 Abkommen und Zusatzerklärungen, welche sind: 1) das Meerengenabkommen, 2) das Abkommen über die Grenzen Thrakiens, 3) das Abkommen über das Ausländerregime in der Türkei, 4) die Erklärungen Albanien bezüglich der Bezahlung der ottomanischen Schuld, 5) das Handelsregime mit der Türkei, 6) die Erklärungen über den Waffenstillstand, 7) das Abkommen über den Austausch der Bevölkerung, 8) das griechisch-türkische Abkommen über den Austausch der Kriegsgefangenen. Die beiden letzteren Abkommen werden morgen durch die Vertreter Griechenlands und der Türkei unterzeichnet werden. Bis jetzt besteht man noch keinerlei Fingerzeige dafür, daß die türkische Abordnung der sofortigen Unterzeichnung des Friedensvertrags günstig gegenübersteht. Man ist mehr und mehr geneigt zu glauben, daß die Abordnungen sich schließlich auf eine Vertagung einigen werden. In alliierten Kreisen glaubt man, daß heute noch nicht voranzusehen ist, bis wann diese Vertagung dauern wird. Die Türken sind anderer Ansicht und zwar aus zwei Gründen: 1) weil sie gezwungen sind, die Kosten der verlängerten Mobilisation zu tragen, 2) weil sie lebhaft wünschen, daß die Räumung Konstantinopels und des Istanbuls durch die britischen Truppen demnächst stattfindet. Man wird ihren Forderungen ohne Zweifel willfahren, wenn man die Vertagung beantragt, deren ausschließlicher Zweck ist, den Türken die Unterzeichnung des Vertrags zu erleichtern.

W.B.  
Prawda  
artikel, de  
und Belg  
Prawda  
Deutschlan  
slowakei  
würde. M  
jetrußland  
mit ihner  
Prawda  
sich ein Be  
nimmt u  
Grenze  
Landes  
u n v e r  
Flügel de  
den.“ Zu  
als Siege  
das Prolo  
sichen Be  
teuer zur  
rung lieg  
Menschhe  
Die All  
der deut  
abc. A  
Botshafte  
Hauptkom  
wirtschaft  
das in d  
Botshafte  
die deut  
lagen, au  
Gleichem  
landwirts  
tert. Die  
russischen  
dingung  
beziehung  
Deutschlan  
eine beson  
vielseitige  
der russi  
deutsche  
lung der  
während  
einem Le  
In der A  
tung der  
Moskau.“  
Berlin  
Tagesord  
richtsgele  
verschiede  
7 als zu  
Ueberwei  
der Schul  
gen, 4a)  
hung. —  
des Reid  
erklären.  
Zuchthau  
sängnis.  
gegen Er  
der Regie  
ren nicht  
Berlinbi  
57)  
„Ich h  
und da m  
gefast ha  
Uebrigens  
ein weni  
gebürtig  
man sonst  
„Ich k  
erwiderte  
Bornehm  
kostet, mi  
stark zu n  
so leicht h  
ner Kling  
„Zhr  
zu Erhard  
und der h  
ihr hinge  
nen Chez  
mittelbar  
weil sie n  
hat, um d  
Gräfin?“  
„Nun,  
kein Graf  
Qualm es  
schon als  
sen, wen

### Volkswirtschaftliche Warnung an Polen.

ABC. Aus Reval wird uns gemeldet: Die Moskauer „Pravda“ veröffentlicht einen Aufsehen erregenden Leitartikel, der sich angeht des Ruheinfalls der Franzosen und Belgier mit der Haltung Polens befaßt. Die „Pravda“ konstatiert, daß Polen jederzeit bereit sei, Deutschland zu überfallen und daß dann auch die Tschechoslowakei an dem Ueberfall gegen Deutschland teilnehmen würde. Wenn diese Umstände eintreten sollten, werde Sowjetrußland unmittelbar durch die Ententerräuber und die mit ihnen verbündeten Staaten bedroht werden. Die „Pravda“ schreibt u. a.: „Wenn die polnische Bourgeoisie sich ein Beispiel an ihrem Patron und Beschützer Frankreich nimmt und die polnischen Truppen gegen die deutsche Grenze wirft, und in das Gebiet dieses ausgeplünderten Landes eindringt, so ist ein europäischer Sturm unvermeidlich. Aber in diesem Sturm werden die Flügel des weißen polnischen Raubadlers gebrochen werden.“ Zum Schluß versichert das bolschewistische Blatt, daß als Sieger in diesem Kampfe nicht die Bourgeoisie, sondern das Proletariat hervorgehen werde, wenn auch nach entsetzlichen Verwüstungen, die das französisch-polnische Abenteuer zur Folge haben werde. Auf der polnischen Regierung liege eine unendlich schwere Verantwortung vor der Menschheit. Polen sei nachdrücklich gewarnt.

### Die Allrussische Landwirtschaftsausstellung und der deutsche Botschafter Graf Brokdorff-Rangau.

abc. Aus Reval wird uns geschrieben: Der deutsche Botschafter in Moskau, Graf Brokdorff-Rangau, hat dem Hauptkomitee zur Organisation der Allrussischen Landwirtschaftlichen Ausstellung ein längeres Schreiben gesandt, das in den Moskauer Blättern veröffentlicht wird. Der Botschafter schreibt u. a.: „Die russische Landwirtschaft und die deutsche Industrie sind die zwei wichtigsten Grundlagen, auf denen die europäische Wirtschaft beruht. Dieses Gleichgewicht ist durch den zeitweiligen Niedergang der landwirtschaftlichen Industrie Rußlands bedeutend erschüttert. Die Wiederherstellung der produktiven Kräfte der russischen Landwirtschaft ist daher die unerlässliche Vorbedingung für die Gesundung der wirtschaftlichen Wechselbeziehungen auf dem gesamten Kontinent. Für Deutschland und Rußland hat diese Angelegenheit noch eine besondere Bedeutung, deren Größe durch das enge und vielseitige Band, das zwischen der deutschen Industrie und der russischen Landwirtschaft besteht, bestimmt wird. Die deutsche Maschine kann ein Mittel zur völligen Entwicklung der landwirtschaftlichen Macht Rußlands werden, während die Erzeugnisse der russischen Landwirtschaft zu einem Lebensnerv der deutschen Industrie werden können. In der Voraussetzung dessen besteht für mich die Bedeutung der Allrussischen Landwirtschaftlichen Ausstellung in Moskau.“

### Reichstag.

#### Das Jugendgerichtsgesetz.

Berlin, 27. Jan. Beginn nachmittags 2 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Jugendgerichtsgesetzes. Der Ausschuß hat die Regierungsvorlage in verschiedenen Punkten geändert. So bestimmt er in Par. 7 als zulässige Erziehungsmaßnahmen: 1) Verwarnung, 2) Ueberweisung in die Zucht der Erziehungsberechtigten oder der Schule, 3) Auserlegung von besonderen Verpflichtungen, 4a) Unterbringen, 4) Schulaufsicht, 5) Fürsorgeerziehung. — Die Reichsregierung kann auch mit Zustimmung des Reichsrats andere Erziehungsmaßnahmen für zulässig erklären. Wenn für die Straftat eines jugendlichen Zuchthausstrafe angedroht ist, so tritt an ihre Stelle Gefängnis. Jugendjahren können nach Par. 24 mit Straffachen gegen Erwachsene nicht verbunden werden. Der Paragr. 2 der Regierungsvorlage, wonach Jugendliche unter 16 Jahren nicht strafbar sind, soll nach dem Ausschußantrag bei Verkündung des Gesetzes, der weitere Inhalt des Gesetzes

### Der Weihnachtsfund.

Von Hermann Kurz.

„Ich habe meine Eltern nie gekannt“, sagte Erhard, und da man mir im Waisenhaus niemals etwas von ihnen gesagt hat, so hab' ich nicht nach ihnen zu fragen gewagt. Uebrigens“, sehte er hinzu, „hört man's doch immer noch ein wenig an Eurer Aussprache, daß Ihr von auswärts gebürtig seid. Sie klingt ein wenig vornehmer, als was man sonst bei uns zu Land zu hören bekommt.“

„Ich könnte es noch ein wenig deutlicher hören lassen“, erwiderte die Schusterin lächelnd, „aber eben der Schein der Vornehmheit hält mich ab. Es hat mich einige Mühe gekostet, mich anzugewöhnen, aber ich habe von Anfang an stark zu merken bekommen, daß man es armen Leuten nicht so leicht hingehen läßt, wenn dem Reichen ihre Sprache seiner klingt, als seine eigene.“

„Ihr habt's da ganz richtig erraten“, sagte der Schuster zu Erhard. „Sie hat einen vornehmen Zug in ihrem Wesen, und der hat mich teils gleich bei der ersten Bekanntschaft zu ihr hingezogen, teils hat er seither auch schon manchen kleinen Gehirnschmerz verursacht. So hab' ich erst vorhin noch, unmittelbar vor Eurem Kommen, ein wenig mit ihr gezankt, weil sie mitten im Winter Fenster und Türen aufgesperrt hat, um den Lichtgeruch hinauszulassen. Bist denn eine Gräfin?“ hab' ich zu ihr gesagt.“

„Nun, Meister“, erwiderte Erhard lachend, „ich bin auch kein Graf, aber ich wills redlich gestehen, daß mir der Quaal ebenfals zuwider ist, und nicht erst jetzt, sondern schon als Knecht im Löwen hat es mich jedesmal verdrossen, wenn jemand das Licht ausgeblasen hat. Von der

am 1. Juli 1923 in Kraft treten. Nach Paragr. 1 der Vorlage gilt als Jugendlischer, wer über 14, aber noch nicht 18 Jahre alt ist. In seiner Entschließung ersucht der Ausschuß die Regierungen, für das Amt des Jugendrichters wie überhaupt für das Amt des Strafrichters nur die bestbefähigten Richter heranzuziehen. Reichsjustizminister Dr. Heine betont, der leitende Gedanke des Gesetzes sei der, die Jugendlichen nicht zu bestrafen, sondern auf den Weg der Besserung zu führen. Es sei zu hoffen, daß es mit Hilfe des Gesetzes gelingen werde, die Jugendlichen vor Leid, Schuld und Verderben zu bewahren. Nachdem die ersten 15 Paragraphen angenommen sind, stellt sich bei der Auszählung aus Anlaß der Abstimmung über einen Antrag die Beschlußunfähigkeit des Hauses heraus. Die nächste Sitzung wird auf zehn Minuten später anberaumt. — Die neue Sitzung beginnt um 4 1/2 Uhr. Die erste Beratung des Gesetzeswurdes über Kleinrentnerfürsorge steht zunächst auf der Tagesordnung. Danach soll die Kürzungen der Gemeindefürtragungen werden, denen das Reich 80 Prozent der aufzuwendenden Mittel erstattet. Auf Antrag der Frau Teusch (3.) und Frä. Schröder (5.) geht die Vorlage an den sozialpolitischen Ausschuß. — Die Novelle zur Getreidemasse, welche den letzten Termin für die Ablieferung des Umlagegetreides vom 15. April auf den 15. März vordatiert, wird ohne Ausprache in allen drei Besuchen angenommen. — Die nächste Sitzung wird auf Mittwoch, den 31. Jan., 2 Uhr, festgesetzt. Tagesordnung: Anträge und Anträge über die Störung des Schulbetriebs im besetzten Ruhrgebiet und eventl. Ausprache über die künftigen Vorkänge in Bayern, falls die Regierung eine Erklärung darüber abzugeben hat. Schluß gegen 5 Uhr.

### Aus Stadt und Land.

Calw, den 30. Januar 1923.

#### Ab 1. Februar weiterer Zugausfall.

Zum Zweck der Kohlenersparnis traten am Montag, den 29. Jan., Einschränkungen im Personenfahrplan ein. Die voraussichtlich ab Donnerstag, 1. Februar, durch Ausfall weiterer Züge verschärft werden.

#### Keine Erhöhung der Gütertarife.

Wesentlich ist die Auffassung verbreitet, daß mit der Veranlassung des Personen- und Gepäckverkehrs am 1. Februar auch eine Erhöhung der Gütertarife erfolgen werde. Wie wir von zuständiger Seite hören, ist eine solche Erhöhung nicht beabsichtigt. Ob und wann bei den unsicheren Verhältnissen eine neue Annahme der Gütertarife an die Geldentwertung erfolgen wird, steht noch nicht fest.

#### Deutsche Städte und Dörfer aus der Bonellshon.

Zu den Lichtbildern, die in dem morgigen Vortrag über „Siedlungsanlagen“ vorgeführt werden, wird uns geschrieben: 35 wohlgezeichnete Lichtbilder führen uns im Flugzeug über die Reichshauptstadt und andere Städte und Dörfer. Sie vereinigen die klare Uebersichtlichkeit des Grundrisses mit der Lebhaftigkeit der unmittelbaren Anschauung. Wir erhalten einen Einblick in die Kräfte, welche die Gestaltung einer neuzeitlichen Siedlung bedingen. Wir können Kritik üben vom Standpunkt nächster Zweckmäßigkeit, wie von dem gesundheitlicher Forderungen oder dem der Schönheit. Und die Kritik kann uns Beweiser sein für die Aufgaben künftiger Siedlungsstätigkeit und ihrer volkswirtschaftlichen Vorbedingungen.

#### Vortrag im Ev. Volksbund.

Der Ev. Volksbund lud am Sonntag nachmittags die Kirchengemeinde ins Vereinshaus ein. Pfarrer Schimpf von Althengstett sprach über Johann Valentin Andreae. Nicht eine beliebige Persönlichkeit aus der Kirchengeschichte sollte der Gemeinde vor Augen gestellt werden, sondern ein alter Calwer Pfarrer, dessen Name aber nicht nur mit der Geschichte unserer Stadt, sondern mit der des ganzen Landes verbunden ist. Der Redner gab zuerst ein

Bild von der kirchlichen Lage zu Beginn des 17. Jahrhunderts. Er ließ in das Gefüge einer gut organisierten lutherischen Staatskirche hineinsehen. Der Staat sorgte mit allerlei gesetzlichen Maßnahmen für die Christlichkeit seiner Untertanen, sogar durch Bestellung von Polizeiorganen zur Feststellung säumiger Kirchenbesucher. Aber trotzdem oder gerade deshalb stand das innere Leben der Kirche sehr tief. Aberglauben beherrschte die Gemüter der Württemberger. Teufelsgedanken und Hexenvorstellungen füllten die Köpfe. Die Theologie zeigte ihr Fernsein von Gott durch den bornierten Eigensinn, mit dem sie ihre Gedanken und Gedanklein über die Glaubensgegenstände an die Stelle des Glaubens selber schob, das Bekenntnis mit einem Gesetzbuch verwechselte und in glistigen Theologenkämpfen ihre sittliche Ohnmacht offenbarte. In diesem Zustand trat die ev. Kirche in den 30jährigen Krieg ein. Der ging zunächst an unserer Heimat gut vorüber, um dann nach der Schlacht bei Nordlingen umso fürchterlicher über Württemberg hereinzubrausen. Die württembergische Kirche stand mitten in gewaltfamer Gegenreformation. Aber nun zeigte sich Gott in der Weltgeschichte in ergreifender Größe. Jener äußere Druck schuf die Voraussetzungen für Neubelebungen der Kirche. Der Pfarrstand, der vorher seine Pflicht veräußert hatte, führte durch heldenhafte Martyrium seine Schuld und echte Frömmigkeit regte sich wieder. Der Führer dieser kirchlichen Aufbaubarbeit war Johann Valentin Andreae. Sein Pfarrersleben gliederte sich in drei Perioden: Zuerst war er Diakon in Baihingen, dann Superintendent (Dekan) in Calw, zuletzt bekleidete er höhere Kirchenämter in Stuttgart, Bebnhausen und Adelberg. Das Calwer Dekanat führte er 19 Jahre lang, von 1620—1639. Die erste Hälfte war eine Zeit fröhlichen Schaffens. Andreae wurde hier ein Vorläufer der Inneren Mission. Dann kamen Jahre des Leidens. 1634 kam die Verwüstung Calws durch kaiserliche Reiter. Die Erinnerungen Andreaes an den Brand von Calw hat der Verlag des Calwer Tagblatts kürzlich in dankenswertem Heimatinteresse veröffentlicht. Wir weisen darauf hin. Andreaes Aufgabe war nun Aufbaubarbeit, zuerst in der Gemeinde, dann in der Landeskirche. Dabei ging er einmal auf die Belebung und Organisation der Liebestätigkeit aus, dann auf Aufrichtung straffer Kirchenzucht. Jede Gemeinde bekam als Organ der Kirchenzucht nach reformiertem Vorbild den sogenannten Kirchenkonvent. Proben aus Andreaes literarischer Tätigkeit zeigten ihn als einen Mann von großer, plastischer Gestaltungskraft der Rede und als Vertreter eines biblischen Christentums ohne enge, konfessionelle Schranken. Die letzten Lebensjahre waren düster; seine Kraft war gebrochen; doch hielt seine Christen Hoffnung gegenüber den Schwermutswandlungen stand. Wir zählen Andreae heute zu den Großen der württembergischen Kirchengeschichte.

Stadtpfarrer Lang, der neue Vorstand des Volksbunds, hatte einen würdigen Rahmen für den Vortrag geschaffen. Die einleitenden liturgischen Stücke waren der Hof des Vaterlandes von heute gewidmet. Die Begrüßungsworte wiesen darauf hin, ein Gedicht des bekannten Pfarrers Böller packte die Versammlung tief, das Festliedlein Gustav Adolfs (Solofesang) verband vaterländische und christliche Gedanken. Der Vortrag führte in vergangene Notzeit. Die Schlüsselworte, zwei weitere Solofesänge aus dem Schatz der klassischen ev. Kirchenmusik und ein feines Gedichtlein führten wieder von der Vergangenheit zur Gegenwart. Die Sängerin war Frä. Lang von Stuttgart, die Schwester unseres Herrn Stadtpfarrers, uns bereits bekannt von der Paulusaufführung her. Sie wurde von Herrn Rheinwald begleitet.

#### Aurechnung oder Erstattung von Kapitalertragsteuer.

Es besteht Anlaß, auf die Vergünstigung hinzuweisen, die für Kleinrentner mit geringerem Einkommen — 100 000 bzw. 200 000 Mark — in der Weise vorgesehen ist, daß die in einem Kalenderjahr entrichtete Kapitalertragsteuer auf

freilich eine wohlfeile Art, zu einer vornehmen Verwandtschaft zu kommen. Kreuztaufendonnerwetter“, sehte er hinzu, indem er zum erstenmal in seinem Leben mit gedämpfter Stimme fluchte, „es ist freilich gut gemeint und viel Ehre für uns, aber für uns schidt es sich nicht, daß wir zugreifen.“

„Kreuzmillionendonnerwetter!“ donnerte Erhard so laut auf ihn herein, daß Justine und die Schusterin erschrocken zusammenfahren und der Schuster selbst sich ein wenig duckte, „ist Euch mein Sohn auch zu vornehm gewesen, wie Ihr ihm die Wohlthat Eurer Verwandtschaft eingeräumt habt? Uebrigens“, fügte er hinzu, indem er den Ton fallen ließ, „wenn Ihr mir damit sagen wollt, meine Verwandtschaft stehe Euch nicht an, dann will ich mich nicht aufdrängen, denn jeder ist Herr in seinem Haus.“

„Nein, nein“, sagte der Schuster verlegen, „so meine ich es nicht, ich habe nur gemeint —“

„Und ich“, unterbrach ihn Erhard, „habe nur zeigen wollen, daß ich auch fluchen kann, wenn es not tut. Aber wenn Euch die Verwandtschaft nicht zuwider ist, so sehet erst einmal zu, wie sie uns erwünscht sein muß. Ihr habt selbst vorhin davon gesprochen, wie die Menschen sein und wie nötig es sei, der Art einen Stiel zu drehen. Gibt es nun ein sichereres Mittel, aus aller Verlegenheit zu kommen? Eurer Frau Bruder lehrt aus der Fremde zurück, wo er sein Glück gemacht und zugleich die Beweise für die vorher unbekannt Verwandtschaft aufgefunden hat, er findet Schwester und Schwager — gottlob nicht im Elend.“

(Fortsetzung folgt.)

die für das betreffende Rechnungsjahr geschuldete Einkommensteuer — voll bzw. zur Hälfte — angerechnet oder bar erstattet wird, sofern der Steuerpflichtige über 60 Jahre alt oder erwerbsunfähig oder nicht bloß vorübergehend behindert ist, seinen Lebensunterhalt durch eigenen Erwerb zu bestreiten. Weitere Voraussetzung für die Gewährung der Vergütung ist, daß sich das Einkommen hauptsächlich aus Kapitaleinkünften oder aus Wartegeld, Ruhegehalt, Witwen- und Waisenpension, Leibrenten, Leibgebühren und dergl. zusammensetzt. Die Vergünstigung wird stets nur auf Antrag des Steuerpflichtigen gewährt. Wenn der Antrag nicht in der Einkommensteuererklärung gestellt wird oder wenn eine Verpflichtung zur Abgabe der Einkommensteuererklärung nicht besteht, ist besonderer Antrag erforderlich. Die Anträge auf Anrechnung oder Erstattung der Kapitalertragsteuer für das Kalenderjahr 1922 sind schriftlich oder mündlich in der Zeit vom 1. bis 28. Februar 1923 bei dem Finanzamt einzureichen.

### Teuerungszahlen für Württemberg.

Von den Städten mit 10 000 und mehr Einwohnern steht Friedrichshafen im Dezember an der Spitze mit einer Teuerungszahl von 61 961, an 2. Stelle folgt Stuttgart mit 61 547, dann folgen Eßlingen mit 59 982, Ravensburg mit 59 905, Gelsingen mit 59 895, Feuerbach mit 59 879, und Aalen mit 99 856. An letzter Stelle stehen Bödingen mit einer Teuerungszahl von 55 445 und Tuttlingen mit 55 498. Die teuerste von den Gemeinden mit 5—10 000 Einwohnern ist Weingarten, das mit 62 086 die höchste Teuerungszahl von ganz Württemberg hat. An zweiter Stelle steht Troßingen mit 59 090, dann folgen Waiblingen mit 58 476, Pfüllingen mit 58 228, und Meßstetten mit 58 320. Die billigste Stadt Württembergs ist im Dezember Saulgau mit einer Teuerungszahl von nur 48 405; die zweitbilligste Stadt ist Crailsheim mit 51 756.

### Erstereenes Obst.

Wenn man im Winter zwischen den Äpfeln erstereene Früchte findet, gebe man diese sofort, noch ehe sie wieder weich werden, in ein großes Gefäß mit recht kaltem Wasser. Hier lasse man sie so lange liegen, bis der Frost vollständig herausgezogen ist, was man daran erkennt, daß sich eine Eiskruste um den Apfel bildet. Nachdem man diese entfernt hat, darf sich keine neue Kruste mehr festsetzen. Das erstereene und so behandelte Obst hält sich noch eine ganze Weile.

### Verlegung des Stuttgarter Waisenhauses nach Ellwangen.

(Stuttg.) Stuttgart, 27. Jan. Wie bekannt, befindet sich das Stuttgarter Waisenhaus hinsichtlich seiner Unterbringung in einer schlimmen Notlage. Es könnte aus gesundheitlichen und erzieherischen Gründen nicht verantwortet werden, die Waisenkinder noch länger in dem gegenwärtigen, durchaus unzulänglichen Gebäude zu belassen. Auf diese unhaltbaren Zustände wurde im Dezember v. Js. auch im Finanzausschuß des Landtags in lebhafter Weise hingewiesen, und es waren die Redner sämtlicher Parteien einig, daß dem gegenwärtigen Zustand möglichst schnell abgeholfen werden sollte. Damals wurde von Regierungseite in eingehender Weise dargelegt, daß die Unterrichtsverwaltung

sich seit Jahren alle erdenkliche Mühe gegeben habe, für das Waisenhaus irgendwie im Lande eine geeignete Unterkunft ausfindig zu machen. Da das Staatsministerium nach nochmaliger eingehender Prüfung aller Möglichkeiten, für das bisherige Stuttgarter Waisenhaus ein anderes Unterkommen im Lande zu finden, sich davon überzeugt hat, daß sich in den zurzeit noch freistehenden Gebäulichkeiten der vormaligen Unteroffizierschule Ellwangen für absehbare Zeit die letzte ohne zu große Hindernisse durchführbare Möglichkeit einer zweckentsprechenden Unterbringung bietet, hat es sich nunmehr dahin entschieden, die noch freistehenden Gebäude dieser Anstalt für das Stuttgarter Waisenhaus in Aussicht zu nehmen.

Gehingen, 29. Jan. Am Sonntag fand im Gasthaus zum „Adler“ die jährliche Generalversammlung der freiwilligen Feuerwehr statt. Nach Erledigung der Tagesordnung sprach Kommandant Gehring einige Worte über die politische Lage und erwähnte in ergreifender Weise die Notlage unserer Mitbürger im Ruhrgebiet, die aber trotz Maschinen-gewehren entschlossen sind, fest zu bleiben und durchzuhalten. Den eiserne Willen unserer bedrängten Mitbürger können wir aber dadurch stärken, daß wir sie unterstützen. Eine durch Kassier Rößl anschließende vorgenommene Sammlung ergab den schönen Betrag von 4310 Mark.

Eßlingen, 29. Jan. Die 73jährige Witwe Barbara Schaal von hier erlitt auf der Fahrt nach Stuttgart kurz vor der Einfahrt nach Cannstatt einen Herzschlag und war sofort tot.

(Stuttg.) Neutlingen, 29. Jan. Die vom Neutlinger Generalanzeiger veranstaltete Sammlung für die deutsche Not im Ruhrgebiet hat bereits die Höhe von eineinhalb Millionen Mark erreicht. Mindestens 3—4 weitere Millionen sind von der hiesigen Industrie über deren Verbände gezeichnet worden.

(Stuttg.) Troßingen, 29. Jan. Kamen da zwei Franzosen in einen hiesigen Gasthof und verlangten ein Dejeuner. Von dem schlagfertigen Gastgeber erhielten sie aber mit bezeichnender Geste die recht lakonische Antwort: „Nix Dejeuner, sondern aller!“ und sie verschwanden. Die Franzosen waren hier, um mit einer hiesigen Firma Geschäfte abzuschließen, wurden aber glatt abgewiesen.

(Stuttg.) Schramberg, 29. Jan. In letzter Zeit wurden der Firma Junghans Uhrenbestandteile im Werte von 600 00 M und bei der Firma Schweizer Regulateure und Wecker im Werte von 350 000 M entwendet. Der Polizei ist es gelungen, die Dieb und Hehler zu entdecken und einen Teil der gestohlenen Sachen aufzufinden. Ein größerer Taschenuhren Diebstahl schwebt noch, geht aber der Aufklärung entgegen.

(Stuttg.) Schwemmingen, 29. Jan. Auf Veranlassung des Arbeitgeberverbandes Schwemmingen a. N., dem auch die Ortsgruppe Schwemmingen des Verbandes der Maschinenindustrie und der verwandten Industrien des Schwarzwaldes, E. V., angehört, wurde zugunsten der Ruhrdeutschen eine Sammlung bei den Handels- und Industriefirmen Schwemmingens veranstaltet, als deren Ergebnis als erste Rate der Betrag von 2 1/2 Millionen Mark dem Reichsanstaltler Cuno überwiesen wurde.

(Stuttg.) Heidenheim, 29. Jan. Infolge Beschlusses des Gemeinderats wird sich die Stadtverwaltung mit dem Oberamt in Verbindung setzen, um der unerhörten Teuerung und Preissteigerung entgegenzuwirken.

(Stuttg.) Eßlingen, 29. Jan. Der Textilindustriellen-Verband, Bezirk Balingen und Hohenzollern e. V., hat beschlossen, seine Mitglieder zu verpflichten, zu der Ruhrspende einen Beitrag von 1000 M pro Angestellten und Arbeiter zu geben. Von den anwesenden Mitgliedern wurde der Betrag von ca. 5 Millionen Mark sofort zur Verfügung gestellt.

(Stuttg.) Ravensburg, 29. Jan. Der Schlosser Siegfried Stadtmüller sollte mit dem Gefangenenwagen nach seinem Bestimmungsort gebracht werden. Bevor es soweit kam, durfte die Mutter des Verurteilten ihn noch im Erdgeschoß des Amtsgerichtsgebäudes besuchen. Als der Wärter nach Beendigung der Unterredung die Tür zum Ausgang öffnete, gelang es Stadtmüller zu entkommen.

### Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

#### Der Kurs der Reichsmark.

Der Dollar stand gestern auf 33 283 Mk., der Schweizer Franken auf 6340 Mk.

#### Landesproduktenbörse.

Stuttgart, 21. Jan. Die Entwertung unseres Geldes hat seit letzter Woche weitere Fortschritte gemacht; die Preise für Getreide und Mehl sind insoweit auch gestiegen. Angebot ist genügend vorhanden, doch sind die Käufer sehr vorsichtig und zurückhaltend. Es notiert per 100 Kilo gesunde trockene Ware ab württ. Station: Neuer württ. Weizen, je nach Lieferzeit 90 000—100 000 (am 22. Januar 80—89 000), neue Sommergerste je nach Qual und Provenienz 70—80 000 (52—64 000), Roggen 84—94 000 (76—85 000), Hafer 50—60 000 (35—50 000), Weizenmehl Nr. 0 mit Zusatz von Auslandsgetreide 160—175 000 (125—140 000), Brotmehl mit Zusatz von Auslandsgetreide 145—160 000 (110—125 000), Kleie 38—40 000 (33—35 000), neues Heu 29—31 000 (26—28 000), drahtgepreßtes Stroh 28—30 000 (24—26 000) Mark.

#### Schweinepreise.

In Balingen wurde für ein Milchschwein 50—92 000 Mk., in Bopfingen für ein Läuferchwein 140—160 000 Mk. bezahlt. Ein Paar Saugschweine kosteten dort 120—140 000 Mk. In Heilbronn kosteten Läuferchweine 90—130 000 Mk., Milchschweine 60—85 000 Mk. je pro Stück. In Ravensburg wurden für Ferkel 50—65 000 Mk., für Läufer 75—90 000 Mk. bezahlt.

#### Märkte.

(Stuttg.) Herrenberg, 29. Jan. Dem Schweinemarkt waren 23 Milch- und 5 Läuferchweine zugeführt. Verkauft wurden 18 Milch- und 3 Läuferchweine. Der Erlös für ein Paar Milchschweine betrug 140 000—160 000 Mark, für ein Paar Läufer 300 000 Mark.

Die örtlichen Kleinhandelsbörse dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Vorteile gelten in Rechnung kommen. D. Schroll.

Für die Sachhaltung verantwortlich: Otto Ertmann, Calw. Druck und Verlag der N. Dellschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

### Dem öffentlichen Aufruf

zu Gunsten unserer bedrängten Volksgenossen im Rheinland und Westfalen schließen sich an mit der herzlichsten Bitte an ihre Mitglieder und Freunde womöglich

### Nahrungsmittel zu geben.

Landwirtschaftl. Bezirksverein  
W. Dingler.

Württembergisch. Bauernbund  
A. H. Dettinger.

Spenden wollen an den Geschäftsführer des Landwirtschaftlichen Bezirksvereins A. Knecht oder an den Abgabestellen (Mittwoch und Samstag) im Lagerhaus abgeliefert werden.

### Bruchleiden!

Brüche sind heilbar, ohne Operation, ohne schmerzhaftes Einprägen. Vollständig ohne Verunsicherung. In Behandlung kommen: Leisten-, Schenkel-, Hoden-, Nabel- und Bauchbrüche.

Sprechstunden in Calw Freitag, 2. Februar, vormittag 9—12 Uhr, Hotel „Walldhorn“.

Dr. med. H. L. Meyer, prakt. Arzt, Hamburg, Schauenburger Straße 4.

Bestätigt hierdurch mit vielem Dank für tadellose Heilung meines Leistenbruchs während 4 1/2 Monaten in meinem Alter mit 74 Jahren.  
Konstanz, 23. 1. 22. B. Gerichtsvollzieher a. D.

### Leonberg.

Ein Umtausch von Haut u. Flachsb  
für die Firma Koth & Schüle, Urach, kann infolge Ausbleibens von Webwaren

in dieser Woche nicht stattfinden  
Otto Wendel.

**100 000 bis 200 000 Mark**  
gegen 1. Sicherheit auszuweisen. Angebote unter N. N. 24 an die Gesch. ds. Bl.

**Wohnungs-Sanft!**  
Eine 3 Zimmerwohnung in Kleinwittdorf gegen eine solche in Erensmühl oder Hirsau zu tauschen geucht. Näheres in Kleinwittdorf Nr. 161.  
Gg. Frau empfiehlt sich im

**Wäsche-Stücken, Strümpfe-Stopfen.**  
Wer, sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.  
Gebrauchtes, guterhaltene

**Bett zu kaufen gesucht.**  
Näheres in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

Suche einige Meter

**Brenn-Holz**  
zu kaufen. Wer, sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

**Lindenstamm**  
0,79 Fm verkauft nächsten Donnerstag, 1. Februar mittags 2 Uhr.  
Gg. Baier, Altburg.

**Warme, gefütterte Hauschuhe**  
(mit Leder besetzt) empfiehlt für Erwachsene u. Kinder Fr. Knörzer Marktpl. 67.

**Gemeinde Ottenbronn.**  
**Stein-Akkord.**  
Am nächsten Samstag, den 3. Februar, werden auf dem Rathaus die

**Lieferung und Beifuhr**  
**von zirka 100 cbm. Kalksteinen**  
verankündigt.  
Gemeinderat:  
Vorstandender Dittus.

**100 000 bis 200 000 Mark**  
gegen 1. Sicherheit auszuweisen. Angebote unter N. N. 24 an die Gesch. ds. Bl.

**Wohnungs-Sanft!**  
Eine 3 Zimmerwohnung in Kleinwittdorf gegen eine solche in Erensmühl oder Hirsau zu tauschen geucht. Näheres in Kleinwittdorf Nr. 161.  
Gg. Frau empfiehlt sich im

**Wäsche-Stücken, Strümpfe-Stopfen.**  
Wer, sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.  
Gebrauchtes, guterhaltene

**Bett zu kaufen gesucht.**  
Näheres in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

Suche einige Meter

**Brenn-Holz**  
zu kaufen. Wer, sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

**Lindenstamm**  
0,79 Fm verkauft nächsten Donnerstag, 1. Februar mittags 2 Uhr.  
Gg. Baier, Altburg.

**Warme, gefütterte Hauschuhe**  
(mit Leder besetzt) empfiehlt für Erwachsene u. Kinder Fr. Knörzer Marktpl. 67.

**Georgenäum Calw.**  
Mittwoch, den 31. Januar, abends 8 Uhr wird Herr Studienrat Dr. Bretschneider-Nagold einen Vortrag mit Lichtbildern über **Siedlungsanlagen** halten. Hierzu wird jedermann herzlich eingeladen.  
Calw, den 25. Januar 1923.  
Georgenäumrat: Dr. Knodel, Vorsitz.

Der Reichsverband...  
 Man scheint...  
 Der von der...  
 Die Gew...  
 Die Fort...  
 gierungsrat...  
 22. Januar...  
 der Befähig...  
 dem sie unte...  
 Gefängnis zu...  
 Essen, 30...  
 direktion Ess...  
 sind soeben v...  
 Verhaftung a...  
 noch unbekann...  
 Essen, 31...  
 gebäude verhe...  
 Jahn, und der...  
 und vor Länd...  
 nachmittags i...  
 gesperrt worde...  
 hinein, jedoch...  
 des Gebäudes...  
 Mann mit au...  
 Verhaftung wu...  
 die Vertretung...  
 rat Verghaus...  
 werden sollten...  
 Gessent...  
 Essen verhar...  
 Nachrichten...  
 Die gestern i...  
 Post- und Te...  
 Gebiet abgef...  
 ausgelegt...  
 Paris, 30...  
 angeführten...  
 ten seien im...  
 laufe sich auf...  
 nanzrats Sch...  
 wesen...  
 Simmern...  
 den am Sonn...  
 und der Regie...  
 haftet Nach de...  
 sind heute früh...  
 Landkulturan...  
 Ferner hatten...  
 Landrats Jost...  
 24stündigen P...  
 Au...  
 Mannhe...  
 ist unter mi...  
 abgesetzt wor...